



ZUSAMMEN
DEMOKRATIE
STÄRKEN!

WAHLWEISE '25

ARBEITSHILFE ZUR BUNDESTAGSWAHL



Kolping

»IM JAHR SEINES
175-JÄHRIGEN BESTEHENS
SETZT DAS KOLPINGWERK
MIT DER AKTION
›DEMOKRATIE STÄRKEN!‹
EIN ZEICHEN GEGEN
POLITISCHE EXTREME.«

Peter Kube



EINLEITUNG

EINE WAHL WIE KEINE ANDERE

Die Bundestagswahl 2025 ist eine besondere Wahl. Nicht nur, weil am 23. Februar bundesweit mehr als 50 Millionen Bürger*innen aufgerufen sind, das Parlament des größten Mitgliedslandes der Europäischen Union zu wählen. Durch das vorzeitige Ende der Ampel-Koalition findet die Bundestagswahl bereits mehr als ein halbes Jahr vor dem regulären Termin statt. Eine vorzeitige Auflösung des Parlaments und damit verbundene Neuwahlen gab es zuletzt vor fast 20 Jahren. Junge Wähler*innen haben eine solche Situation noch nicht erlebt. Aber auch erfahrene Wähler*innen blicken in diesen Tagen gespannt auf einen Bundestagswahlkampf, wie es ihn noch nicht gegeben hat.

Denn die Bundestagswahl 2025 findet nicht nur wegen des vorgezogenen Wahltermins unter gänzlich anderen Voraussetzungen statt. Zum einen hat sich das internationale Umfeld verändert. Der gewaltsame Überfall Russlands auf die Ukraine hat gezeigt, wie zerbrechlich der Frieden in Europa ist. Zum anderen hat sich die politische Lage im Herzen Europas verändert. Rechtspopulistische Strömungen mit dezidiert europafeindlichen Positionen und fragwürdigen Einstellungen zum Rechtsstaat haben in Deutschland und vielen anderen Mitgliedsstaaten der EU an Zuspruch gewonnen.

Auch das politische Umfeld in Deutschland hat sich gewandelt. Bis vor kurzem wurde die Bundesrepublik erstmals seit Jahrzehnten von einer Dreier-Koalition regiert. Wie sich gezeigt hat, sind Regierungsbildung und Regieren unter diesen Bedingungen komplexer und anspruchsvoller geworden. Gleichzeitig hat sich die Parteienlandschaft weiter ausdifferenziert, wobei Strömungen an den extremen Rändern des politischen Spektrums immer mehr Zulauf erhalten. Entgegen vereinfachenden Interpretationen ist eine ausdifferenzierte Parteienlandschaft nicht nur Ausdruck von Frustration und Ablehnung der traditionel-

len Parteien. Sie ist auch Ausdruck einer komplexer und heterogener gewordenen Gesellschaft.

Nichtsdestotrotz haben viele Bürger*innen nach wie vor ein großes Bedürfnis nach Orientierung. Das war schon vor 175 Jahren so, als sich Adolph Kolping auf den Weg machte, das nach ihm benannte Kolpingwerk zu gründen. Für Kolping stand der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt. Kolping erkannte aber auch, dass das Individuum der Gemeinschaft bedarf. Aus dieser Erkenntnis leitet sich die katholische Soziallehre ab, die mit ihren drei Prinzipien – Personalität, Solidarität und Subsidiarität – bis heute nichts an Bedeutung eingebüßt hat.

Im Jahr seines 175-jährigen Bestehens setzt das Kolpingwerk mit der Aktion »Demokratie stärken!« ein Zeichen gegen politische Extreme. Hass, Ausgrenzung und Diskriminierung dürfen nicht gesellschaftsfähig, und schon gar nicht denn Grundlage politischer Entscheidungen werden. Damit eine vielfältiger werdende Gesellschaft nicht weiter auseinanderdriftet, ist konkretes Handeln gefragt. Das beginnt damit, aktuelle Herausforderungen wahrzunehmen und Problemlösungen zu erarbeiten.

Mit der vorliegenden Arbeitshilfe möchte das Kolpingwerk seinen Mitgliedern und allen Interessierten eine Orientierung im Vorfeld der Bundestagswahl geben. Der Text gliedert sich in einen inhaltlichen Teil, der anhand ausgewählter Themenfelder Probleme und Herausforderungen aufzeigt und Fragen zur weiteren Diskussion in der Kolpingsfamilie oder mit Wahlkreiskandidat*innen aufwirft. Diese können im Rahmen von Veranstaltungen eingebracht werden, für die wir in einem zweiten Teil Methoden vorstellen. Wer vertiefende Informationen zu den jeweiligen Themen sucht, findet diese über die in dieser Arbeitshilfe abgebildeten QR-Codes, die in die Kolpingwerkstatt weiterleiten: www.kolpingwerkstatt.de

ALEXANDRA HORSTER
Bundessekretärin

PETER KUBE
Bundesjugendsekretär

EUROPA

DEUTSCHLAND ALS MOTOR FÜR EINE STARKE GEMEINSCHAFT

Dank seiner Lage mitten in der EU und als Exportnation profitiert Deutschland stark vom Binnenmarkt. Doch angesichts nationaler Egoismen und ungenügender sozialer Standards gibt es noch viel zu tun, um die Integration der 27 Mitgliedsstaaten zu vollenden.

FRAGEN ZUM THEMA

- 1 | Wie kann gewährleistet werden, dass der grenzüberschreitende Verkehr ohne Kontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU gemäß des Schengener Abkommens wieder dauerhaft Bestand hat?
- 2 | Welche der Politikfelder, die aktuell in die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten fallen, wären langfristig besser auf europäischer Ebene aufgehoben?
- 3 | Sollte die EU auch eine Verteidigungsunion werden, um von langfristigen Entwicklungen in den USA unabhängiger zu werden?

Weitere Informationen:



Über viele Jahre galt die Europäische Union (EU) als ein Friedensprojekt. Doch inzwischen ist sie für alle Generationen weit mehr als ein »Projekt«. Sie ist längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Sinnbild dessen sind die vier Grundfreiheiten des gemeinsamen Marktes. Durch den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital sind mehr als

400 Millionen Bürger*innen eng zusammengedrückt. Nach der Einführung des Euro und infolge der Osterweiterung vor 20 Jahren schien die Union der inzwischen 27 Mitgliedsstaaten noch enger zu werden. Die Teilung in Ost und West war Geschichte.

Doch Euro-Krise, Brexit und Auseinandersetzungen um eine gemeinsame Migrationspolitik haben der EU schwere Jahre beschert. Die Einheit Europas wird nicht nur von populistischen Strömungen in den Mitgliedsstaaten herausgefordert und infrage gestellt. Der Zuwachs rechtsextremer Strömungen bei den zurückliegenden Europa-Wahlen lässt befürchten, dass auch die Zusammenarbeit und Gesetzgebungsprozesse im Europäischen Parlament schwieriger werden.

Umso mehr braucht es eine Bundesregierung, die in enger Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedsstaaten Impulse für eine Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses setzt. Von der Umsetzung einer gemeinsamen Migrationspolitik samt gerechter und menschenwürdiger Aufnahme von Geflüchteten in den Mitgliedsstaaten über die Erweiterung der EU in Richtung Westbalkan und Ukraine bis hin zum Aufbau einer EU mit gemeinsamen verbindlichen Standards im sozialen Bereich: Es gibt viele Herausforderungen, die gemeinsamer Lösungen bedürfen.

KONTAKT:



Alexander Suchomsky
0221 20701-131
alexander.suchomsky
@kolping.de

»EURO-KRISE, BREXIT UND AUSEIN-
ANDERSETZUNGEN UM EINE GEMEIN-
SAME MIGRATIONSPOLITIK HABEN
DER EU SCHWERE JAHRE BESCHERT.«

Alexander Suchomsky



KONTAKT:



Marcel Gabriel-Simon
0221 20701-138
marcel.gabriel-simon
@kolping.de

**»UM EINEN ANSTIEG VON
FAMILIENARMUT ZU VERHINDERN,
MÜSSEN INFLATIONSBEDINGTE
KOSTENSTEIGERUNGEN
AUSGEGlichen WERDEN.«**

Marcel Gabriel-Simon

FAMILIE

ZUKUNFTSFÄHIG DANK FAMILIENGERECHTER POLITIK

Die Förderung von Familien ist kein Selbstzweck. Angesichts des demografischen Wandels und der ökologischen sowie wirtschaftlichen Transformation müssen nachwachsende Generationen gut ausgebildet, motiviert und engagiert sein.

FRAGEN ZUM THEMA

- 1 | Wie kann die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit durch staatliche Förderung ausgebaut werden?
- 2 | Wie kann Familienpolitik alle Familienkonstellationen gleichrangig in den Blick nehmen?
- 3 | Welche Maßnahmen können zur Stärkung von armutsbelasteten Familien führen und diesen damit die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe eröffnen?

Weitere Informationen:



Veränderte Partnerschaftsmodelle, die hohen Ansprüche der Arbeitswelt, qualitativ und quantitativ unzureichende Betreuungsmöglichkeiten, insbesondere im Bereich der frühkindlichen Bildung, prägen den Alltag von Familien. All diese Herausforderungen machen die Vereinbarkeit von Erziehung, Erwerbsarbeit und Partnerschaft zu einem Balanceakt.

Damit dieser gelingt, bedarf es in vielen Fällen der Unterstützung durch den Staat. Die vielfältigen Angebote für Familien – Beratung und finanzielle Hilfen – sind zu wenig passgenau. Der gute Wille von Bund und Ländern ist da, aber Hilfen müssen auch bei den

Familien ankommen. Zudem dürfen die Träger der Wohlfahrtspflege (z. B. Caritas und Diakonie) nicht allein gelassen werden. Denn ohne zusätzliche staatliche Zuschüsse ist ein Ausbau der Strukturen schlicht Utopie.

Bei den familienbezogenen Finanzleistungen muss die nächste Bundesregierung nachsteuern. Wichtig ist hier vor allem die Anpassung der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes. Um einen Anstieg von Familienarmut zu verhindern, müssen inflationsbedingte Kostensteigerungen ausgeglichen werden. Die Ausweitung der gesellschaftlichen und finanziellen Schere ist dringend aufzuhalten. Das von der Ampelkoalition vorgelegte Konzept der Kindergrundsicherung war gut gedacht, aber in der Ausgestaltung nicht zielführend, zu bürokratisch und mit wenig finanzieller Verbesserung für armutsbetroffene Familien verbunden. Hier muss die kommende Bundesregierung einen klaren Fokus auf eine familiengerechte Politik setzen. Zukünftige Haushaltskonsolidierungen dürfen nicht auf dem Rücken der Familien ausgetragen werden.

Auch weitere Maßnahmen sind in den Blick zu nehmen, die Deutschland familienfreundlicher machen: Flexiblere Arbeitszeitmodelle, ein weiterer Ausbau des mobilen Arbeitens und eine Fortführung der Flexibilisierung der Erziehungsurlaubszeiten, damit Familie und Beruf miteinander vereinbar sind.

SOZIALES

SOZIALE SICHERHEIT MIT BLICK FÜR ALLE GENERATIONEN

Angesichts vieler Herausforderungen geraten die sozialen Sicherungssysteme zunehmend in Schieflage. Doch diese müssen verlässlich bleiben, um gesellschaftlichen Frieden und Demokratie zu bewahren.

FRAGEN ZUM THEMA

- 1 | Braucht es eine Ausweitung der steuerfinanzierten Bundeszuschüsse, um die Versicherten angesichts einer drohenden Beitragsexplosion zu entlasten?
- 2 | Sollte eine Pflegereform zum Ziel haben, die Leistungen für stationäre Pflege vollständig aus Mitteln der Pflegeversicherung zu finanzieren?
- 3 | Wie muss eine Rentenreform aussehen, um das Vertrauen junger Menschen in das System der Alterssicherung wiederherzustellen?

Weitere Informationen:



Ob Rente, Gesundheit oder Pflege: Die soziale Sicherung betrifft alle Einwohner*innen. Deutschland verfügt zwar über ein starkes soziales Netz. Doch die Auswirkungen des demografischen Wandels belasten die sozialen Sicherungssysteme – insbesondere die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung – zusehends.

Die fortschreitende Alterung der Gesellschaft bedeutet nicht nur, dass immer mehr Rentempfänger*innen auf eine kaum noch wachsende Zahl von

Arbeitnehmenden trifft. Auch im Gesundheitswesen und insbesondere in der Altenpflege nimmt die Zahl der Leistungsbeziehenden drastisch zu. Allein die Zahl der Pflegebedürftigen steigt jedes Jahr um mehrere hunderttausend Menschen.

In der Folge nimmt der Finanzierungsdruck in der Sozialversicherung merklich zu. Während die Rentenbeiträge in den letzten Jahren stabil geblieben sind, nehmen die Erwerbstätigen einen deutlichen Anstieg ihrer Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung wahr. Und auch in der Rentenversicherung zeichnet sich für die kommenden Jahre eine »Beitragsexplosion« ab. Bis Mitte der 2030er Jahre wird ein Anstieg um fast vier Prozentpunkte erwartet. Als generationenübergreifender Sozialverband sieht KOLPING dringenden Handlungsbedarf. Auf der einen Seite gilt es, das starke Leistungsniveau für Alte, Kranke und Pflegebedürftige aufrecht zu erhalten. Auf der anderen Seite dürfen jüngere Generationen nicht bis zum Anschlag belastet werden. Und schließlich muss gewährleistet sein, dass sich auch junge Beitragszahler*innen auf ein starkes soziales Sicherungsnetz verlassen können.

Die nächste Bundesregierung muss wesentliche Weichenstellungen vornehmen, um das System der sozialen Sicherheit in Deutschland zu stabilisieren und auf eine langfristig solide Basis zu stellen.

KONTAKT:



Alexander Suchomsky
0221 20701-131
alexander.suchomsky
@kolping.de



»IN DER RENTENVERSICHERUNG
ZEICHNET SICH FÜR DIE
KOMMENDEN JAHRE EINE
›BEITRAGSEXPLSION‹ AB.«

Alexander Suchomsky



KONTAKT:



Christoph Hoppe
0221 20701-132
christoph.hoppe@
kolping.de

*»DIE EUROPÄISCHEN UND NATIONALEN POLITIKER*INNEN MÜSSEN JETZT KONSEQUENT HANDELN, DAMIT DIE FOLGEN DER KLIMAKRISE VERRINGERT WERDEN.«*

Christoph Hoppe

KLIMA

NEUAUSRICHTUNG ODER »WEITER SO«?

Deutschland erwärmt sich schneller als der globale Durchschnitt. Die wirtschaftlichen Schäden steigen unaufhörlich. Doch trotz Klimakrise gibt es Entwicklungen, die Mut machen – auch wenn die bisherigen Erfolge bei Weitem nicht ausreichen. Wie soll es weitergehen?

FRAGEN ZUM THEMA

- 1 | Braucht es neue innovative Fördermaßnahmen, um die Menschen beim Klimaschutz mehr mitzunehmen?
- 2 | Sollten klimaschädliche Subventionen (wie das Dienstwagenprivileg für Dieselfahrzeuge) abgeschafft werden, um Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren?
- 3 | Wie können die Kosten des Klimaschutzes, neben der Einführung eines Klimageldes, in Deutschland sozial gerecht verteilt werden?

Weitere Informationen:



Ob Unwetter, Überflutungen oder Waldbrände: Der Klimawandel und seine Auswirkungen waren im öffentlichen Bewusstsein selten so präsent wie in den vergangenen Jahren. Obwohl der Klimawandel unverändert als große Bedrohung eingeschätzt wird, lehnen immer mehr Menschen einen größeren Einsatz für den Klimaschutz ab. Gleichzeitig haben viele Bürger*innen das Vertrauen in die Klimapolitik verloren.

Die Wissenschaft schlägt Alarm: Die europäischen und nationalen Politiker*innen müssen jetzt konsequent handeln, damit die Folgen der Klimakrise verringert werden. Dies umfasst sowohl umfassende Maßnahmen zur raschen Senkung von Emissionen als auch Strategien zur Anpassung an die Klimaveränderungen. Es müssen wirtschaftliche Weichen gestellt werden, damit Deutschland bei nachhaltigen Technologien wettbewerbsfähig bleibt.

Die nächste Bundesregierung muss Klimaschutz und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Gleichklang denken. Durch den Klimaschutz bedingte Mehrkosten müssen sozial gerecht verteilt werden. Zur gezielten Entlastung der Haushalte spricht sich KOLPING daher für die Einführung eines Klimageldes aus.

Klimaschutz geht alle an. Es geht um die Frage, wie heutige und künftige Generationen gut leben können. Der Klimawandel kann nicht einfach durch technische Errungenschaften aufgehalten werden. Vielmehr müssen verschiedene Lösungsansätze verfolgt und sozial gerecht gestaltet werden. Auch wenn die Kosten für Klimamaßnahmen hoch erscheinen, so sind die Kosten des Nichthandelns um ein Vielfaches höher.

INTEGRATION

VERMITTLUNG IN ARBEIT ALS ZENTRALER BAUSTEIN

Zuwanderung wird häufig nur unter den Aspekten von Flucht und Asyl betrachtet. Dabei sollte die Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft als wesentliches Element der Integration genauso im Fokus stehen.

FRAGEN ZUM THEMA

- 1 | Welche Reformen wären notwendig, um den Zugang zur Arbeitsmarktintegration zu beschleunigen?
- 2 | Inwieweit können Anpassungen bei den Anforderungen an Sprachkenntnisse und die Förderung von Sprachkenntnissen am Arbeitsplatz die berufliche Integration von Geflüchteten verbessern?
- 3 | Wie können Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse und Berufserfahrungen verbessert werden, um Geflüchteten einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen?

Weitere Informationen:



Die Zuwanderung von Geflüchteten und der politische Umgang damit ist eines der bestimmenden Themen der letzten Jahre. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist dabei ein zentraler Baustein, um Menschen eine Perspektive zu bieten. Der Zugang zu beruflicher Bildung und Arbeit ist besonders wichtig, um Geflüchteten nicht nur wirtschaftliche Unabhängigkeit, sondern auch gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Dies wird jedoch durch eine Vielzahl von Herausforderungen erschwert. Dazu gehören langwierige und komplexe bürokratische Prozesse sowie Einschränkungen

bei der Beantragung von Arbeitserlaubnissen. Eine Arbeitspflicht für Geflüchtete zu fordern und gleichzeitig den Zugang zum Arbeitsmarkt stark zu beschränken, ist kein stimmiges politisches Handeln und füttert rechtspopulistische Erzählungen von der »Einwanderung in die Sozialsysteme«. Es erscheint daher wichtig, dass – unabhängig von ihrer Bleibeperspektive – Menschen das Recht auf Arbeit nicht verwehrt wird.

Restriktive und oft intransparente Abschiebepraktiken führen dazu, dass junge Menschen in der Ausbildungsduldung keine Stabilität und Zukunftsperspektive erfahren. Darüber hinaus mangelt es an Unterstützungsangeboten für geflüchtete Frauen, von denen nur ein Drittel einer Beschäftigung nachgeht. Hier braucht es dringend ausreichende Unterstützungsangebote für die Sorgearbeit, wie zum Beispiel bei der Betreuung von Kindern.

Der Aufenthaltsstatus und die Residenzpflicht stellen ebenso wie die unzureichende Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Berufserfahrungen große Hürden bei der Arbeitsmarktintegration dar. Die führt dazu, dass viele Geflüchtete trotz vorhandener Qualifikationen keine angemessene berufliche Tätigkeit finden. Hier hat die Bundesregierung gehandelt und ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das aber noch weit davon entfernt ist, die verschiedenen Berufe auch nur annähernd anerkennen zu können.



KONTAKT:



Dr. Torben Schön
0221 20701-135
torben.schoen@
kolping.de

»EINE ARBEITSPFLICHT FÜR GEFLÜCHTETE ZU FORDERN UND GLEICHZEITIG DEN ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT STARK ZU BESCHRÄNKEN, IST KEIN STIMMIGES POLITISCHES HANDELN.«

Dr. Torben Schön



KONTAKT:



Lena Kaper
0221 20701-146
lena.kaper@
kolping.de

»EIN WENIGER BEACHTETER ASPEKT IST DIE ABNAHME DES POLITISCHEN EINFLUSSES JÜNGERER GENERATIONEN.«

Lena Kaper



JUGEND

MEHR GEHÖR FÜR JUNGE MENSCHEN

In einer alternden Gesellschaft drohen die Anliegen junger Menschen ins Abseits gedrängt zu werden – mit fatalen Folgen für die Lebensbedingungen der nachwachsenden Generationen. Die politische Mitwirkung der Jugend ist ein zentraler Baustein für eine gerechte, nachhaltige und demokratische Zukunft.

FRAGEN ZUM THEMA

- 1 | Wie können die Interessen junger Menschen Gewicht erhalten angesichts des steigenden Durchschnittsalters der Wähler*innenschaft?
- 2 | Wie können Chancengleichheit und soziale Mobilität für junge Menschen, unabhängig von sozialem oder kulturellem Hintergrund, gefördert werden?
- 3 | Wie kann der Dialog zwischen älteren und jüngeren Generationen gefördert werden, um ein besseres gegenseitiges Verständnis für die jeweiligen politischen Anliegen zu schaffen?
- 4 | Wie können politische Beteiligungsmöglichkeiten erleichtert werden, um jungen Menschen einen Zugang zu geben – bspw. durch ein niedrigeres Wahlalter oder verbesserte Teilnahmeverfahren für Bürger*innen?
- 5 | Wie kann die finanzielle Unabhängigkeit junger Menschen, insbesondere in Hinblick auf Ausbildungsförderung und BAföG-Reform, erreicht werden?

Weitere Informationen:



Der demografische Wandel ist in Deutschland längst Realität. Während immer mehr Menschen älter werden, nimmt die Anzahl junger Menschen stetig ab. Diese Entwicklung verändert die Altersstruktur der Bevölkerung grundlegend und bringt weitreichende

Konsequenzen für das Sozial- und Rentensystem, die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt mit sich.

Ein weniger beachteter Aspekt ist die Abnahme des politischen Einflusses jüngerer Generationen. Bei der Bundestagswahl 2021 war fast jede*r siebte wahlberechtigte Bürger*in jünger als 30 Jahre und mehr als jede*r Fünfte über 70 Jahre alt. Dieser Trend der Alterung unserer Bevölkerung setzt sich weiter fort.

Viele junge Wähler*innen fühlen sich in ihren Anliegen und Sorgen nicht ausreichend von den Parteien vertreten. Es überwiegt das Gefühl, das die Bedürfnisse der jungen Generation oft übersehen werden. Ergänzend dazu empfinden etwa zwei Fünftel der jüngeren Generation die Sprache der Politiker*innen als fremd und schwer verständlich.

Dabei sind die Themen der Jugend gar nicht so fern von denen der älteren Generationen: Jungen Erwachsene wünschen sich eine Zukunft, in der echte soziale Gerechtigkeit und die Vielfalt der Lebensentwürfe respektiert und gefördert werden – eine Zukunft, die frei ist von der Sorge um Krieg, Inflation, unbezahlbaren Wohnraum und Altersarmut. Im Vordergrund stehen dabei nicht nur wirtschaftliche Stabilität und persönlicher Wohlstand, sondern zugleich ein tiefes Engagement für den Schutz des Klimas und der Umwelt.



BUNDESTAGSWAHL 2025 WAS MAN IM VORFELD DER WAHL BEACHTEN SOLLTE:

Bei der Bundestagswahl haben alle Wähler*innen zwei Stimmen, einmal für den bzw. die Direktkandidat*in im Wahlkreis und einmal für die Landesliste einer Partei. Die Landesliste enthält die Kandidat*innen, die eine Partei für das jeweilige Bundesland in den Bundestag schicken möchte. Die Zweitstimme bestimmt allein, wie viele Sitze jede Partei im Bundestag erhält und spiegelt am Ende die Mehrheitsverhältnisse im Parlament wider.

Im Rahmen der Wahlrechtsreform, die im Jahr 2023 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, gibt es allerdings einige Neuerungen, die bei der Wahlentscheidung nicht unwesentlich sind.

Feste Sitzanzahl | Die Zahl der Bundestagsabgeordneten wird auf gesetzlich 630 festgelegt. Überhang- und Ausgleichsmandate entfallen vollständig.

Zweitstimmendeckung | Die Sitzverteilung richtet sich ausschließlich nach den Zweitstimmen. Direktmandate zählen nur, wenn sie durch die Zweitstimmen gedeckt sind.

Proportionale Repräsentation | Die Verteilung der Sitze auf den Landeslisten garantiert, dass die Zusammensetzung des Bundestages dem Zweitstimmenergebnis entspricht (Quelle: www.bundesregierung.de).

Das heißt im Umkehrschluss, dass nicht unbedingt alle Direktkandidat*innen, die in ihrem Wahlkreis den ersten Platz erreichen, auch dem kommenden Bundestag angehören werden. Denn durch die Wahlrechtsreform kommt den Landeslisten der Parteien zukünftig eine noch größere Bedeutung zu. Das neue Wahlrecht soll unter anderem dafür sorgen, dass das Parlament nicht immer größer wird. Diese Tendenz hat sich infolge der letzten Bundestagswahlen verstetigt. Im bisherigen Bundestag saßen mehr als 700 Abgeordnete.

Weiterhin gilt allerdings die sogenannte Grundmandatsklausel. Hat eine Partei trotz eines bundesweiten Ergebnisses unterhalb von fünf Prozent der Stimmen drei Direktmandate errungen, gehört sie trotzdem dem Deutschen Bundestag in entsprechender Abgeordnetenzahl an. Von dieser Regel hat in der Vergangenheit zum Beispiel Die Linke profitiert.

TIPPS FÜR VERANSTALTUNGEN UND AKTIONEN

METHODEN UND ANREGUNGEN

Als generationenübergreifender Sozialverband bringt sich Kolping regelmäßig in politische, gesellschaftliche und kirchliche Debatten ein. Die Bundestagswahl bietet die Gelegenheit, Ideen und Fragen auf den verschiedenen Ebenen des Kolpingwerkes aufzugreifen und bei Veranstaltungen mit Kandidierenden zum Bundestag ins Gespräch zu kommen.

Die vorgezogene Bundestagswahl erschwert die Planung und Durchführung einer Veranstaltung. Auch wenn die Vorbereitung, Bewerbung und Durchführung einer Podiumsdiskussion mit mehreren Kandidierenden in der Kürze der Zeit eine Herausforderung darstellt, lohnt sich der Versuch. Denn trotz einer kurzen Wahlkampfphase werden auch diesmal die Kandidierenden der verschiedenen Parteien den Austausch mit interessierten Wähler*innen suchen. Statt eines Treffens vor Ort sind hier auch digitale Formate denkbar, die im Vorfeld der letzten Bundestagswahl unter den Bedingungen der Corona-Pandemie an vielen Stellen erprobt wurden.

Neben der klassischen Podiumsdiskussion mit mehreren Kandidierenden gleichzeitig bietet sich das Format des Einzelgesprächs in kleiner oder auch größerer Runde an. Im Folgenden werden unterschiedliche Ideen zur Umsetzung von Aktionen und Veranstaltungen vorgestellt.

WEN SOLLTE MAN (NICHT) EINLADEN?

In einer Zeit, in der populistische und extremistische Strömungen an Zulauf gewinnen, kommt dieser Frage wachsende Bedeutung zu. Grundsätzlich gilt: Eine Demokratie lebt vom freien Wettbewerb der Meinungen. Jede Einschränkung bedarf also einer plausiblen Begründung. Dabei ist das Prinzip des freien und demokratischen Wettbewerbs gegen das Risiko abzuwägen, solchen Parteien ein Forum zu bieten, deren Ansichten den eigenen und verbandlichen Überzeugungen grundlegend widersprechen. Diese Frage sollte vorab im Kreis der Organisator*innen gründlich erörtert werden.

Bei Kandidat*innen von Parteien, die bereits durch extreme Meinungsäußerungen oder Verhaltensweisen aufgefallen sind, sollte eine Einladung insofern wohl überlegt sein. Hier kommt einer erfahrenen und durchsetzungsfähigen Moderation eine Schlüsselrolle zu.

Mit Blick auf eine Einladung von Mitgliedern der Partei Alternative für Deutschland (AfD) nimmt KOLPING eine klare Position ein. So heißt es in einem Beschluss des Bundeshauptausschusses vom November 2023: »KOLPING distanziert sich entschieden von allen Vereinnahmungen einzelner Personen und Aussagen durch die AfD.« Ferner wird betont, dass eine Mitgliedschaft bei KOLPING mit einer Mitgliedschaft in der AfD unvereinbar ist. Auf die Einladung von Kandidierenden der AfD sollte deshalb verzichtet werden.

TIPPS ZUM UMGANG MIT STÖRUNGEN

Wie bei so vielem im Leben, kann es auch während einer Veranstaltung passieren, dass nicht alles glatt läuft. Es ist unerlässlich, dass einem im Fall von Störungen die Veranstaltung nicht entgleitet. So sollte im Vorfeld das Hausrecht geklärt sein, um gegebenenfalls bei massiven Störungen, wie zum Beispiel Protestkundgebungen, die entsprechenden Personen des Saales verweisen zu können. Hat man als Organisator*in das Hausrecht selbst nicht inne, sollte man es sich von den Vermietenden möglichst übertragen lassen, sodass man im Fall von Störungen handlungsfähig ist. Eine Möglichkeit zur Deeskalation kann darin bestehen, den Störenden für einen festgelegten Zeitraum von zum Beispiel zwei oder fünf Minuten das Wort zu erteilen, allerdings nur unter der zuvor vereinbarten Maßgabe, dass diese danach freiwillig die Veranstaltung verlassen. Gleichzeitig sollte es selbstverständlich sein, dass keinesfalls eine Bühne geboten werden darf für die Verbreitung von extremistischen, menschenverachtenden oder strafrelevanten Äußerungen. Es kann sinnvoll sein, durch die Moderation im Vorfeld klare Diskussions- und Umgangsregeln festzulegen, die zu Beginn der Veranstaltung mitgeteilt werden.

QR-scannen
und vollständigen
Beschluss
lesen:





DER KLASSIKER: DIE PODIUMSDISKUSSION VOR ORT

Eine Podiumsdiskussion lebt davon, dass mehrere Gesprächspartner*innen auf einer Bühne zusammenkommen und miteinander diskutieren. Für eine Veranstaltung auf örtlicher Ebene in der Kolpingsfamilie bietet es sich an, auf die Kandidierenden im eigenen Wahlkreis zuzugehen. Grundsätzlich können neben den Kandidierenden zum Bundestag selbstverständlich auch weitere Diskutant*innen eingeladen werden, beispielsweise Mandatsträger*innen aus dem Kolpingwerk oder aus befreundeten Verbänden und Organisationen.

Generell sollte man bei einer Podiumsdiskussion auf die folgenden zehn goldenen Regeln achten:

TEILNEHMENDENZAHL |

Der Kreis der eingeladenen Diskutant*innen sollte nicht zu groß geraten und sich auf maximal fünf Personen zzgl. einer Moderation beschränken, damit jede*r Kandidat*in ausreichend zu Wort kommt.

ZEITRAHMEN |

Eine moderierte Diskussionsrunde sollte nicht länger als 90 Minuten dauern. Auch wenn es viele spannende Themen gibt, wird man die Vielzahl an Positionen ab einem bestimmten Zeitpunkt nur noch schwer aufnehmen und verarbeiten können.

THEMATISCHE EINGRENZUNG |

Es ist nicht nötig, sich auf ein einziges Thema zu beschränken, aber es wird nicht gelingen, alle Themen des Bundestagswahlkampfes zu streifen, ohne vage zu bleiben. Die Beschränkung auf drei bis vier Themenblöcke ist auch ratsam, um die Aufmerksamkeit des Publikums nicht zu verlieren.

VERANSTALTUNGSORT |

Der Ort der Podiumsdiskussion sollte gut angebunden sein, um möglichst vielen Interessierten einen Zugang zu ermöglichen. Auch die Größe des Saals sollte bedacht sein, damit man in der Größe des Raums nicht »verloren« geht, sondern der Eindruck eines gut gefüllten Saals entsteht.

MODERATION |

Der bzw. die Moderator*in sollte möglichst unaufgeregt und zugleich lebhaft durch den Abend führen, Vielredner*innen höflich in ihre Schranken weisen sowie auch persönliche Angriffe parieren. Unter Umständen bietet sich die Wahl einer externen bzw. professionellen Moderation an, z. B. aus den lokalen Medien.

EINSTIEG |

Zu Beginn der Diskussionsrunde sollte eine kurze Einordnung der Veranstaltung in den aktuellen Kontext erfolgen. Wichtig sind eine freundliche Begrüßung und die Vorstellung der Diskussionsteilnehmer*innen.



INTERAKTION |

Nach einer bestimmten Zeit kann es sich anbieten, das Publikum in die Diskussion einzubinden, indem es aufgefordert wird, Fragen zu stellen. So lässt sich ein engerer Austausch herstellen und Abwechslung in die Diskussionsrunde bringen.

ABSCHLUSS |

Der bzw. die Moderator*in sollte am Ende der Diskussionsrunde einen guten und – bei einer evtl. hitzigen Diskussion – versöhnlichen Abschluss herstellen, sodass das Publikum mit einem guten Eindruck aus der Veranstaltung herausgeht. Auch sollte daran gedacht werden, den Beteiligten für ihr Interesse zu danken.

AUSKLANG |

Im Anschluss an eine Diskussionsrunde bietet es sich an, zum weiteren »Plausch« in lockerer Runde einzuladen. Hier kann die WählBar (siehe rechts) ins Spiel kommen. Evtl. haben die Kandidierenden auch noch Zeit, um für den Austausch in kleiner Runde vor Ort zu bleiben.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT |

Im Vorfeld und im Nachgang einer Podiumsdiskussion bietet sich abseits der klassischen Bewerbung weitergehende Öffentlichkeitsarbeit an. Mit einer kurzen Pressemitteilung kann die lokale Presse aufmerksam gemacht werden. Daneben bieten sich auch kürzere oder längere Beiträge auf der eigenen Homepage oder in den sozialen Medien an.



WIE WÄRE ES MIT EINER »WÄHLBAR«?

Um das Format trotz vieler drängender und ernster Themen locker zu halten, bietet sich der Aufbau einer »WählBar« an. Die WählBar kann auf dem Podium als sogenannter »Side Kick« zum Einsatz kommen oder im Saal aufgebaut werden, um die Teilnehmenden zur Begrüßung bzw. im Anschluss an die Veranstaltung an die Bar einzuladen.

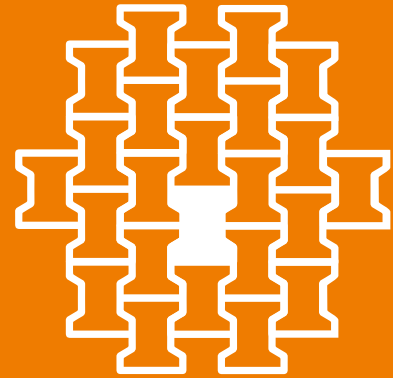


DIE DIGITALE TALKRUNDE FAST SCHON EIN KLASSIKER

Seit der Corona-Pandemie haben sich neben den klassischen Veranstaltungen vor Ort digitale Austauschformate etabliert. Grundsätzlich funktioniert ein digitaler Talk ähnlich wie eine analoge Podiumsdiskussion. Er kann sogar dazu führen, dass deutlich mehr Interessierte teilnehmen. Schließlich entfällt eine oftmals längere Anfahrt. Auch kann es bequemer sein, sich einfach mal für 60 oder 90 Minuten von zu Hause aus zuzuschalten. Ein digitaler Talk kann auch dazu beitragen, an Kandidierende aus dem Wahlkreis bzw. einem Bundesland schneller «ranzukommen», da Kandidat*innen angesichts der vielen Termine im Kalender die Zusage zur Teilnahme an einem digitalen Talk vermutlich leichter fällt.

Die kurzfristige Buchung eines Tagungssaals samt übriger organisatorischer Vorbereitungen entfällt ebenso. Auch reicht es, wenige Wochen im Voraus in die Bewerbung der Veranstaltung zu gehen – im Zweifel tun es dann auch mal zwei Wochen Vorlauf, solange man zumindest schon Zusagen der Kandidierenden erhalten hat.

Zur Durchführung der digitalen Talkrunde braucht es ein onlinegestütztes System (z. B. Zoom oder Teams). Den Teilnehmenden muss im Vorfeld ein Link zur Teilnahme zur Verfügung gestellt werden. Um als Organisator*in den Überblick über den Teilnehmendenkreis zu behalten, ist es ratsam, den Teilnahme-Link nicht öffentlich auf Homepage oder Facebook abzubilden, sondern nur allen zuvor angemeldeten Personen per Mail zu senden.



DIE BODENZEITUNG IN DIE ÖFFENTLICHKEIT GEHEN UND FRAGEN AUFWERFEN

Veranstaltungen im Pfarrheim oder Dorfhaus, das kann jeder! Aber ist es nicht wichtig, heraus zu gehen, mit den Bewohner*innen eines Stadtteils oder Dorfes ins Gespräch zu kommen und gleichzeitig die Möglichkeit zur Partizipation zu bieten? Wie kann das besser gehen als mit einer Bodenzeitung? Auf dieser Bodenzeitung können Impuls- oder Einschätzungsfragen oder auch eine Umfrage gestartet werden, je nachdem, worüber man mit den Passant*innen ins Gespräch kommen möchte. Folgendes wird für eine Bodenzeitung benötigt:

- Eine Abdeckplane aus dem Baumarkt für die Bodenzeitung
- Nägel mit breiten Köpfen oder Tape-Klebeband zum Befestigen der Bodenzeitung
- Zwei breite Filzstifte (rot / schwarz) für die Linien und die Überschrift sowie eine Nachfülltusche für den Fall der Fälle
- Normale Filzstifte für die Passant*innen zum Ankreuzen

Ganz wichtig | Die Aktion muss vorher beim Ordnungs- bzw. Gemeindeamt angemeldet und eine Genehmigung eingeholt werden. Bei einer Aktion im öffentlichen Raum ist es sinnvoll, einen festen Zeitraum für die Aktion festzulegen (nicht länger als 2-3 Stunden). Bei einer Bodenzeitung gilt es natürlich, die vorbeigehenden Passant*innen gezielt anzusprechen und zum Mitmachen zu aktivieren. Daher sollte man mit mindestens 2-3 Personen am Kolpingstand planen.



POSTKARTENAKTION FÜR DIE WAHL UND DIE DEMOKRATIE WERBEN

Ein weiteres klassisches Format stellt die Postkartenaktion dar. Sie bietet sich an, wenn es darum geht, eine bestimmte Botschaft mit relativ wenig Text zu verbreiten. Dazu braucht man vor allem einen eingängigen und griffigen Slogan, der zum Beispiel auch ein Wortspiel enthalten kann. Er muss auffallen und zum Weiterlesen anregen. Auf der Rückseite der Postkarte sollte etwas ausführlicher in drei bis vier Sätzen das Anliegen der Aktion benannt werden. Bei öffentlichen Postkarten sollte man das Impressum nicht vergessen, in dem eine verantwortliche Person benannt wird. Eine Postkartenaktion ist natürlich nicht ganz kostenlos, denn für Gestaltung und Druck muss Geld eingeplant werden. Der Druck von Postkarten ist heute nicht mehr teuer, wenn man eine etwas größere Auflage plant, z. B. 2.000 Stück. Allerdings sind stark steigende Portokosten zu berücksichtigen.

**Weitere
Informationen:**



Eine kluge Methode
ist die halbe Miete:
Das zeigt die Arbeit
mit den pädagogischen
Materialien des Klima-
mobils.





ZUSAMMEN DEMOKRATIE STÄRKEN!

DEMOKRATIE BRAUCHT UNSER ALLER MITTUN – AUFRUF DES BUNDESHAUPTAUSSCHUSSES ZUM SCHUTZ VON FREIHEIT UND DEMOKRATIE

Demokratie lebt vom Engagement aller Bürger*innen. Dieser Einsatz geht über die Beteiligung bei Wahlen und die Mitarbeit in demokratischen Parteien und Vereinen hinaus: Es geht vor allem auch um die Stärkung der Zivilgesellschaft. Als generationenübergreifender christlicher Sozialverband nimmt das Kolpingwerk diese Verantwortung wahr und wirbt unermüdlich für ein freies und demokratisches Miteinander.

Nach Überzeugung des Kolpingwerkes besteht trotz zunehmender antidemokratischer Tendenzen ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass die Demokratie die einzige Staatsform ist, die Freiheit und rechtsstaatliches Miteinander garantiert. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung muss nicht nur mit Worten, sondern auch durch aktives Handeln immer wieder, und hier besonders gegenüber Extremisten aus allen politischen und religiösen Richtungen, verteidigt werden. Dieses mutige Engagement kann schon im persönlichen Umfeld beginnen, wenn es darum geht, Klischees, Stammtischparolen oder Hass mit Fakten und einer klaren Haltung entgegenzutreten. Hier sollten alle einen Beitrag leisten.

Mit Blick auf die Neuwahlen ruft das Kolpingwerk alle Mitbürger*innen zu einem klaren Bekenntnis für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf. Machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch und setzen Sie ein klares Zeichen gegen Hass und Hetze! Nur auf Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung kann es dauerhaften Frieden zwischen Menschen und Nationen geben.

zur vollständigen
Erklärung:





IMPRESSUM

Kolpingwerk Deutschland

St.-Apern-Straße 32 | 50667 Köln
T +49 221 20701-0
F +49 221 20701-149
info@kolping.de
www.kolping.de

Verantwortlich:

Alexandra Horster
Bundessekretärin

Redaktion:

Alexander Suchomsky,
Referent Arbeitswelt und Soziales
Claudia Ruckes-Herrlich,
Sekretariat der Verbandsleitung

Inhaltliche Ausarbeitung:

Marcel Gabriel-Simon
Christoph Hoppe
Christoph Nösser
Lena Kaper
Dr. Torben Schön
Alexander Suchomsky
Simone Weininger

Gestaltung:

designunit. Düsseldorf

Bildnachweise:

Titel: Tupungato-shutterstock
S. 2: Barbara Bechtloff/
Kolpingwerk Deutschland

S. 5: Lomb-shutterstock

S. 6: Philipp Hesse/
Kolpingwerk Deutschland

S. 9: adobestock/Halfpoint

S. 10: Philipp Hesse/Kolpingwerk
Deutschland

S. 13: pexels-rethaferguson

S. 14: Dennis Wartenberg

S. 16: Kolpingjugend Deutschland

S. 18: Christoph Nösser/
Kolpingwerk Deutschland

S. 21: Kolpingwerk Deutschland

S. 18-21: Good Ware-Flaticon

S. 23: Kolpingwerk Deutschland

Köln, Dezember 2024

ZUSAMMEN...

- ... sind wir eine generationsübergreifende Gemeinschaft.*
- ... wenden wir uns den Menschen zu.*
- ... leben und stärken wir Familie.*
- ... handeln wir als gesellschaftlicher Akteur glaubhaft und solidarisch.*
- ... ermöglichen wir ganzheitliche Bildung.*
- ... sind wir Teil einer Weltfamilie.*
- ... mit Adolph Kolping vertrauen wir der frohen Botschaft Jesu Christi.*
- ... sind wir Kolping und sorgen wir für mehr christliches Handeln in der Welt.*